



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Familienpolitik und Fertilität: demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten

Monitor Familienforschung

Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik

Ausgabe 27

Familienpolitik und Fertilität: demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten

Monitor Familienforschung

Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik

Ausgabe 27

Vorwort

Zusammenhalt und Solidarität sind nirgendwo stärker als in der Familie. In der Familie übernehmen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung. Familien legen den Grundstein für faire Chancen von Kindern und Jugendlichen, leisten einen großen Beitrag zur Pflege älterer Menschen und leben Zusammenhalt zwischen den Generationen. Dabei finden Menschen Rückhalt, Schutz und Unterstützung, die weit über das hinausgeht, was die staatliche Solidar-gemeinschaft leisten kann. Die Verantwortungsgemeinschaft Familie gewinnt deshalb mit dem demografischen Wandel an Bedeutung.



Gleichzeitig verändert der demografische Wandel das Verhältnis von Frauen und Männern in Partnerschaft und Familie: Wir können es uns immer weniger leisten, in der Arbeitswelt auf das Potenzial gut ausgebildeter Frauen zu verzichten, die vielfach gerne mehr arbeiten würden, als sie es tatsächlich tun. Das wiederum bedeutet, dass wir in der Familie nicht länger auf die Beteiligung der Männer an Fürsorgeaufgaben verzichten können, die sich wiederum vielfach gerne mehr Zeit für familiäre Verantwortung nehmen würden, als sie es zurzeit tun.

Ziel moderner Familienpolitik ist es deshalb, Frauen und Männern die Unterstützung, aber auch die Freiheit zu geben, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung für ihre Familie gerecht zu werden und ihr Familienleben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dazu gehört, dass Frauen und Männer selbst entscheiden können, wie sie Fürsorge- und Erwerbsaufgaben in der Familie aufteilen wollen. In einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer berufstätig sein wollen und vielfach auch müssen, hängt die Entscheidung für Kinder einerseits und die Qualität des Familienlebens andererseits davon ab, ob Menschen sich Zeit für Verantwortung nehmen können, ohne dafür mit dauerhaft eingeschränkten Chancen im Beruf bezahlen zu müssen.

Der Monitor Familienforschung zeigt: Entwicklungen der Fertilität lassen sich nicht von heute auf morgen umkehren, und nur wenige Faktoren, die für die Erfüllung von Kinderwünschen relevant sind, lassen sich auf direktem Wege politisch beeinflussen. Mit einer Zeitpolitik, die Familie als Verantwortungsgemeinschaft stärkt, die Entscheidung für Kinder erleichtert und die Gleichberechtigung der Geschlechter fördert, schaffen wir die Voraussetzungen für familiären und gesellschaftlichen Zusammenhalt im demografischen Wandel.

A handwritten signature in black ink that reads "Kristina Schröder". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Kristina Schröder
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

Vorwort	3
I. Einleitung	5
II. Bevölkerungs- und Fertilitätsentwicklung in Deutschland	7
2.1 Zusammengefasste Geburtenziffer und Kohortenfertilität	8
2.2 Deutschland im internationalen Vergleich	11
2.3 Gründe für die Fertilitätsentwicklung in Deutschland	12
III. Familienpolitik und Geburtenrate	15
IV. Familienpolitik im Kontext von Demografiepolitik	17
V. Literatur	19
VI. Linkliste	22
BMFSFJ-Forschungsticker	23

I.

Einleitung

Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft, altert und wird vielfältiger. Vor allem die Altersentwicklung wird, u. a. mit Blick auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, immer wieder und mit zum Teil dramatischen Metaphern medial und politisch diskutiert (vgl. zusammenfassend Bryant 2011). Dieser Prozess beruht auf der positiven Entwicklung gewonnener Jahre aufgrund eines immer längeren Lebens (Schwentker/Vaupel 2011). Diese Entwicklung ist bereits seit vielen Jahren zu beobachten: Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem die Abnahme der Säuglings- und Kindersterblichkeit zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung beigetragen hat, ist diese mittlerweile vornehmlich auf ein längeres Leben, also auf eine sinkende Sterblichkeit der Altersgruppen der über 65-Jährigen, zurückzuführen. Eine heute 65-jährige Frau hat im Durchschnitt noch eine Lebenserwartung von 20 Jahren. Ein 2010 in Deutschland geborenes Baby wird mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit 100 Jahre alt werden (vgl. ebenda).

Darüber hinaus sind, wie die Forschung zeigt, die gewonnenen Jahre auch überwiegend gesunde Jahre. Die Befürchtung, aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung würden immer mehr Alte immer mehr Jungen zur Last fallen, kann daher relativiert werden. Nicht berücksichtigt wird zudem die Frage nach der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in einer alternden Bevölkerung: Vor dem Hintergrund einer möglichen Lebensspanne von bis zu 100 Jahren stellt sich die Frage nach der Umverteilung von Arbeit – vor allem im individuellen Lebensverlauf – in ganz neuer Weise. In der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern sowie – unter entsprechenden altersgerechten Bedingungen – von älteren Menschen liegen erhebliche Potenziale, die den Rückgang der Bevölkerung zum Teil ausgleichen könnten.

Zudem leben in Deutschland schon heute 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung und ihr Anteil wird weiter wachsen. Auch der Anteil der Singles, der Alleinerziehenden und der Patchworkfamilien wird weiter zunehmen. Die zunehmende Vielfalt der Familienmodelle, der Lebensentwürfe und Weltanschauungen ist Teil der demografischen Veränderungen und wird unsere Gesellschaft noch stärker prägen als bisher.

Zur Bevölkerungsentwicklung gehören daher nicht nur Veränderungen der *Größe* einer betrachteten Bevölkerung im Zeitverlauf, sondern ebenso Veränderungen in der Zusammensetzung oder *Struktur* einer Bevölkerung. Die demografische Entwicklung beeinflusst damit u. a. die regionale Verteilung, den Aufbau einer Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Bildung, Milieus oder nach Haushalts- und Lebensformen (Schneider 2012: 1).

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird nahezu alle Lebensbereiche der Menschen, aber auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen. Demografiepolitik muss diese Entwicklungen steuern, um den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu erhalten. Dazu gehört auch, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Ursachen der demografischen Entwicklungen neu zu bestimmen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Fertilität zu.

Daher wird im zweiten Kapitel vor allem die Fertilitätsentwicklung, auch im internationalen Vergleich, dargestellt. Darüber hinaus wird nach den Gründen für die niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland gefragt. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Frage, ob und welche Einflussmöglichkeiten Familienpolitik auf die Geburtenrate hat. Schließlich geht es um das Verhältnis von Familienpolitik und Demografiepolitik und wie Politik den demografischen Wandel gestalten kann.

II.

Bevölkerungs- und Fertilitätsentwicklung in Deutschland

Die Bevölkerungsentwicklung ist ein gesellschaftlicher Prozess, der kontinuierlich und weitgehend unabhängig von dezidiertem Steuerung abläuft (vgl. im Folgenden Schneider 2012: 1 f.). Beeinflusst wird er durch strukturelle und kulturelle Faktoren – etwa wirtschaftliche, politische und soziale Rahmenbedingungen, Werte und Normen – sowie durch episodenhafte historische Ereignisse (z. B. Kriege, politische Umstürze, Epidemien). Beschreiben lässt sich dieser Prozess hinsichtlich seiner Richtung (Wachstum oder Rückgang), seines Tempos und seines Ausmaßes.

In ihrer Gesamtheit wird die Bevölkerungsentwicklung durch drei demografische Grundprozesse bestimmt, die sich in ihren Wirkungen überlagern (Schneider 2012: 1, Mayer 2011a: 12):

1. die Fertilitätsentwicklung, also die Entwicklung der Geburten im Zeitverlauf;
2. die Mortalitätsentwicklung, d.h. die Sterblichkeit bzw. die Veränderung im Altersaufbau einer Gesellschaft;
3. Migration, also die Ein- und Auswanderung sowie räumliche Mobilität.

In Deutschland zeichnet sich der demografische Wandel vor allem durch Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Gesellschaft aus. Aufgrund niedriger Geburtenraten ist die nachfolgende Generation jeweils um ein Drittel kleiner als die vorherige. Zusammen mit einer weiter steigenden Lebenserwartung führt dies zu einer Erhöhung des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung und zugleich zu einem Bevölkerungsrückgang. Laut Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts wird die Bevölkerung in Deutschland von heute knapp 82 Millionen auf 65 bis 70 Millionen Menschen im Jahr 2060 zurückgehen (BMI 2011: 29 ff.). Neben diesen beiden Entwicklungen ist der demografische Wandel in Deutschland durch eher rückläufige Wanderungssalden¹, einen Zuwachs an ethnischer Heterogenität und eine regional unterschiedliche Entwicklung gekennzeichnet (ebd, 11 ff.).

¹ Im europäischen Kontext kann die Zuwanderung das auch europaweit bestehende Geburtendefizit derzeit noch ausgleichen bzw. abmildern (European Commission 2010). Dies ist in Deutschland allerdings nicht mehr unbedingt der Fall. In den Jahren 2008 und 2009 war die Abwanderung aus Deutschland erstmals seit Langem wieder größer als die Zuwanderung, auch wenn dies 2010 durch einen Wanderungsüberschuss wieder ausgeglichen wurde (vgl. BMI 2011: 25 ff.).

Es zeigt sich, dass die Entwicklungen von Bevölkerungen sehr unterschiedlich verlaufen. Während die Weltbevölkerung vor allem auf der Südhalbkugel wächst, schrumpft sie in Regionen wie Europa oder in einzelnen asiatischen Ländern. Gegenwärtig leben etwa sieben Milliarden Menschen auf der Erde und die Weltbevölkerung wird auch in den kommenden Jahren weiter wachsen. Dagegen wird der Anteil der europäischen Bevölkerung an der Weltbevölkerung – aktuell etwa 11 Prozent – weiter abnehmen (Schneider 2012: 1).

2.1 Zusammengefasste Geburtenziffer und Kohortenfertilität

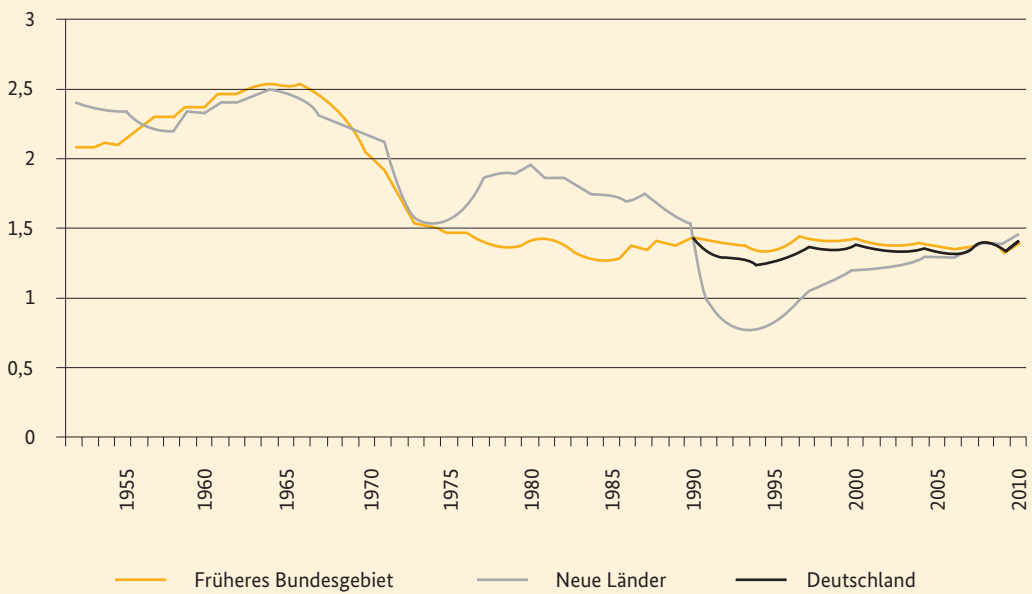
Zur Betrachtung der aktuellen Fertilitätsentwicklung wird meist die zusammengefasste Geburtenziffer (kurz: Geburtenrate) betrachtet. Diese Kennziffer setzt die Geburten eines Kalenderjahres mit der Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Bezug.² Die Geburtenrate unterliegt jedoch einerseits starken konjunkturellen Schwankungen, wie etwa die Entwicklung in Ostdeutschland zeigt (vgl. Abbildung 1). Zum anderen liefert sie keine exakten Vorhersagen über die tatsächliche Kinderzahl verschiedener Frauenkohorten. Endgültige Daten über die Kinderzahl je Frau liegen erst vor, wenn diese ihre fruchtbare Phase abgeschlossen haben (sogenannte Kohortenfertilität).

Deutschland zeichnet sich seit den 1970er-Jahren durch niedrige Geburtenraten aus (BMI 2011: 13 ff. Schneider/Dorbritz 2011: 27 ff., BMFSFJ 2010a: 8 f.). Durch die Teilung und die Wiedervereinigung bestand zudem eine Sondersituation – im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen der Geburtenrate. Auffällig ist der deutliche Einbruch der Geburtenrate in Ostdeutschland nach der Wende. In den letzten Jahren ist die zusammengefasste Geburtenziffer in Ostdeutschland jedoch zunehmend gestiegen und hat mittlerweile diejenige in den westlichen Bundesländern überholt (vgl. Abb. 1). Laut amtlicher Statistik lag 2010 die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Deutschland bei 1,39 (West: 1,39 und Ost: 1,46); absolut wurden 2010 rund 678.000 Kinder lebend geboren.³

² Berechnet wird, wie viele Kinder Frauen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommen würden, wenn alle Frauen so viele Kinder bekommen würden wie in diesem Jahr.

³ Vgl. Pressemitteilung Nr. 301 vom 18.08.2011 des Statistischen Bundesamts.

Abb. 1: Zusammengefasste Geburtenziffern* in Ost- und Westdeutschland, 1952–2010

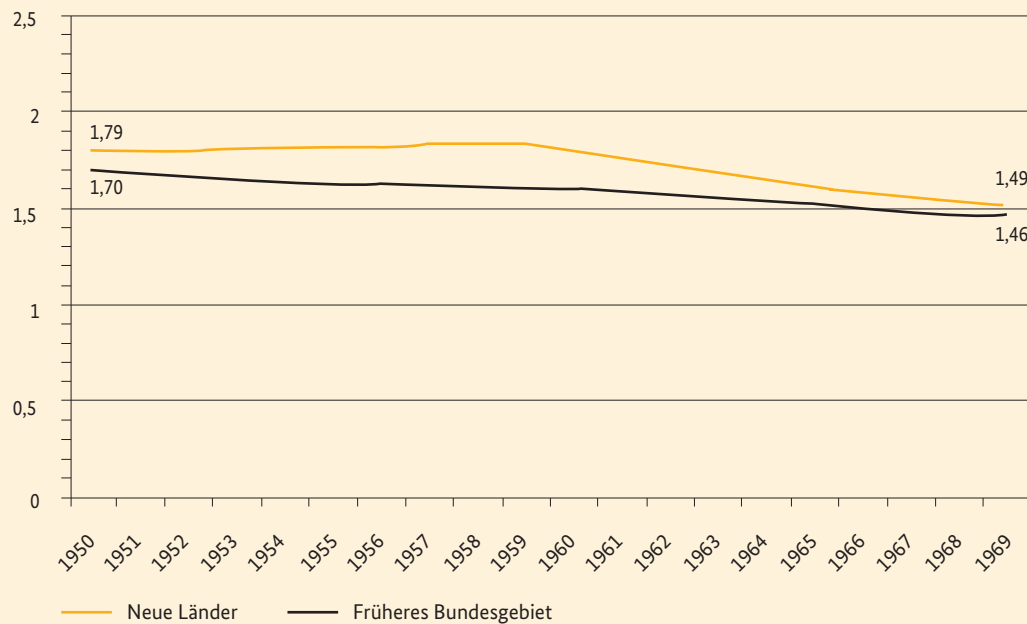


*Anmerkung: ab 2001 früheres Bundesgebiet und neue Länder jeweils ohne Berlin
Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik, 2011

Aufgrund der niedrigen Geburtenrate in der Vergangenheit ist der Umfang der heutigen Müttergeneration deutlich geringer als der in den 1980er-Jahren. Abbildung 2 zeigt, dass Frauen in Ostdeutschland – trotz des Einbruchs der Geburtenrate nach der Wende – bis zum Geburtsjahrgang 1968 im Durchschnitt mehr Kinder bekommen haben als Frauen in Westdeutschland⁴. Die Zahl der Kinder pro Geburtskohorte ist im Zeitvergleich kontinuierlich gesunken und liegt für die jüngeren Kohorten zwischen 1,5 und 1,6 Kindern pro Frau. Die endgültige Kinderzahl je Frau lag in der Vergangenheit faktisch höher, als es die Höhe der zusammengefassten Geburtenziffern nahelegt.

4 Dabei muss berücksichtigt werden, dass die fertile Phase des Geburtsjahrgangs 1968 im Erhebungsjahr 2009 noch nicht abgeschlossen war.

Abb. 2: Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1950 bis 1969 in Ost- und Westdeutschland (Stand: 2011)



Quelle: Goldstein, Kreyenfeld, Rößger (2012), Datenbasis: Human Fertility Database

Das ist darauf zurückzuführen, dass Frauen ihre Kinder zunehmend später im Lebenslauf bekommen (BMFSFJ 2010a: 10 f.). In der alten Bundesrepublik lag das Erstgeburtsalter von Frauen 1990 durchschnittlich bei 26,93 Jahren (Statistisches Bundesamt 2011: 61)⁵, 2010 bei durchschnittlich 29 Jahren. Unterschiede bestehen dabei zwischen verheirateten und nicht verheirateten Müttern sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern. Verheiratete Mütter sind im Jahr 2010 mit 30 Jahren bei Geburt ihres ersten Kindes knapp drei Jahre älter als nicht verheiratete Mütter (27,4 Jahre). In den neuen Bundesländern waren die Frauen bei der Geburt des ersten Kindes mit 27,4 Jahren fast zwei Jahre jünger als in den alten Bundesländern (29,2 Jahre). Der Anteil außerehelicher Geburten nimmt zudem über die Jahre zu. 2010 wurde etwa jedes dritte Kind außerehelich geboren, in den neuen Bundesländern trifft dies auf über 60 Prozent der Kinder zu.⁶

Solange Frauen ihre Kinder vor allem nach dem 30. Lebensjahr bekommen, die Verschiebung der Geburten im Lebenslauf also anhält, wird die Kinderzahl pro Frau durch die Geburtenrate systematisch unterschätzt. Diese Verzerrung der Geburtenrate nennt man Tempo-Effekt. Kommt die Verschiebung des Erstgeburtsalters zu einem Ende, so steigen die Geburten über einige Jahre wieder stark an und die verschobenen Geburten werden – zumindest teilweise – nachgeholt.⁷ Ist die Verschiebung abgeschlossen, so stimmen die zusammengefassten Geburtenziffern wieder mit der endgültigen Kinderzahl überein.

⁵ Bis zum Jahr 2008 beziehen sich die Angaben allerdings lediglich auf Kinder, die in einer aktuell bestehenden Ehe geboren wurden. Erst 2009 konnte erstmals die biologische Geburtenfolge unabhängig vom Familienstand der Mutter aufgezeigt werden (Pressemitteilung Nr. 445 vom 02.12.2010 des Statistischen Bundesamtes).

⁶ Statistisches Bundesamt 2011, Geburtenstatistik.

⁷ Dieser Tempo-Effekt lässt sich auch in anderen europäischen Ländern beobachten – im europäischen Durchschnitt liegt die um den Tempo-Effekt bereinigte Geburtenrate 2008 bei etwas über 1,7 Kinder pro Frau statt 1,6 (European Commission 2010: 31 f.).

Neuere Studien haben diesen Tempo-Effekt für Deutschland berechnet und die voraussichtliche Kinderzahl der aktuellen Müttergeneration prognostiziert. Die Studien zeigen, dass die um den Tempo-Effekt korrigierte Geburtenrate bei etwa 1,6 Kindern pro Frau liegt (vgl. European Commission 2010: 32, Goldstein/Kreyenfeld 2011). Das bedeutet, dass Frauen in Deutschland aktuell im Durchschnitt etwa 1,6 Kinder bekommen (gleichermaßen in West- wie Ostdeutschland). Es gibt sogar erste Hinweise darauf, dass Frauen, die in den 1970er-Jahren geboren wurden, im Durchschnitt wieder mehr Kinder bekommen als die in den 1960er-Jahren geborenen Frauen.⁸

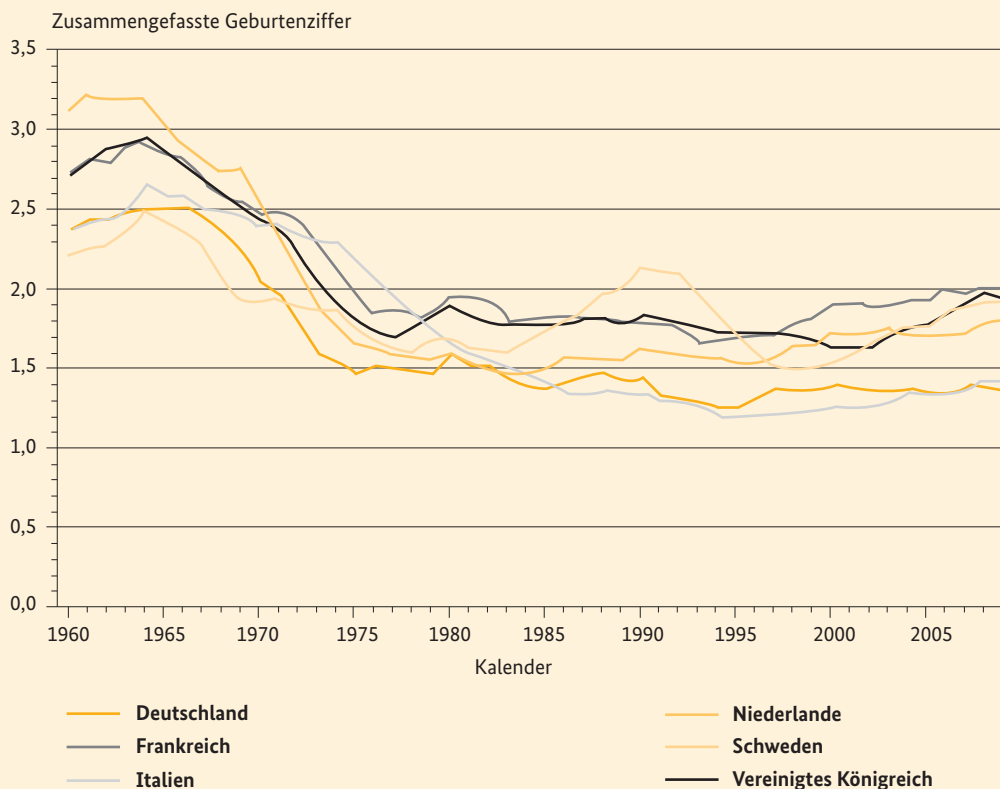
2.2 Deutschland im internationalen Vergleich

Die Geburtenrate sank in der Nachkriegszeit in den meisten europäischen Ländern unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern pro Frau. Anders als in Deutschland verblieb die Geburtenrate in einigen europäischen Ländern – etwa in Frankreich, Schweden oder dem Vereinigten Königreich – dennoch auf einem höheren Niveau zwischen 1,5 und 2 Kindern je Frau, wohingegen sie bspw. in osteuropäischen Ländern mit der historischen Zäsur 1990 zunächst deutlich eingebrochen ist (Abbildung 3). Insgesamt lassen sich im europäischen Vergleich derzeit vier unterschiedliche Fertilitätstrends ausmachen (Dorbritz 2010a):

1. Länder mit einer mittleren bzw. hohen Geburtenrate von 1,8 und mehr Kindern je Frau (skandinavische Länder, Irland, Großbritannien, Niederlande, Frankreich),
2. Länder mit konstant niedriger Fertilität unter 1,5 Kinder pro Frau (Deutschland [insb. West], Österreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowakei),
3. Länder mit steigender Geburtenrate von einem sehr niedrigen Niveau aus (Griechenland, Spanien, Italien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien; auch Ostdeutschland),
4. Länder mit einer sinkenden Geburtenrate von einem i. d. R. sehr hohen Niveau aus (Malta, Mazedonien, Portugal, Zypern, Liechtenstein).

⁸ Vgl. Pressemitteilung vom 05.09.2011 des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung.

Abb. 3: Entwicklung der Geburtenraten in ausgewählten europäischen Ländern, 1960–2009



Quelle: Eurostat 2011, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Neben der Differenzierung in Niedrig- und Hochfertilitätsländer bestehen somit zugleich unterschiedliche Entwicklungstrends. Allerdings sind die Geburtenraten nicht nur in einigen europäischen Ländern, sondern auch in vielen Ländern außerhalb Europas in den letzten zehn Jahren wieder leicht angestiegen. Der Anstieg betrifft sowohl Länder mit (ehemals) geringem Fertilitätsniveau als auch solche, die bereits eine hohe Geburtenrate hatten (Goldstein et al. 2010). Beeinflusst wird diese Entwicklung jedoch durch die weltweite Wirtschaftskrise 2008/2009: Ökonomische Unsicherheit und gestiegene Arbeitslosigkeit stehen in einem negativen Zusammenhang mit der Geburtenentwicklung (Sobotka et al. 2011).

2.3 Gründe für die Fertilitätsentwicklung in Deutschland

Eine international vergleichende Studie unterscheidet mehrere Faktoren, die gemeinsam die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, den Wertewandel und den Rückgang der Geburten bewirkt haben (Bujard 2011a: 394 f.). Dazu gehören das Aufkommen und die bessere Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln, das Erreichen eines gewissen Modernisierungsgrades der Gesellschaft mit wachsendem Dienstleistungssektor, einer sich ändernden Berufsstruktur und mit Individualisierungsprozessen sowie die Bildungsexpansion von Frauen. Bujard schreibt dazu: „Die genannten Faktoren haben eine Veränderungsdynamik entwickelt, die die gesellschaftlichen Lebensbedingungen zwischen Beruf und Familie sowie auf der kulturellen Ebene im breiteren Kontext von Geschlechtsrollen, Partnerschaft und Sexualität fundamental

erschüttert hat.“ (ebd.) Bujard verweist darauf, dass diese Entwicklungen auch die individuellen Entscheidungsprozesse beeinflusst haben. So haben sich für Frauen die Opportunitätskosten erhöht, und es entstehen neue Herausforderungen, Mutterschaft und Beruf bzw. Elternschaft und die berufliche Konstellation beider Partner in Einklang zu bringen. Hinzu kommt, dass sich auch gesellschaftliche Normen hinsichtlich der Kinderzahl geändert haben (ebd.).

Auffällig ist, dass Frauen in Deutschland vor allem im Alter ab dreißig Jahren weniger Kinder bekommen als zum Beispiel in Frankreich oder Skandinavien. In diesen Ländern bekommen Frauen unter dreißig auch immer weniger Kinder, holen diese aufgeschobenen Geburten jedoch später nach. In Deutschland führt der Geburtenaufschub bislang zu insgesamt weniger Kindern – insbesondere zu weniger Mehrkindfamilien.

Die Gründe dafür sind vielfältig und komplex. Eine repräsentative Untersuchung zu Kinderwünschen und Elternschaft in Deutschland und Frankreich aus dem Jahr 2007 zeigt beispielsweise, dass die deutsche Bevölkerung weitaus mehr Anforderungen formuliert, die erfüllt sein müssen, bevor man Kinder bekommt. Das gilt insbesondere für die Anforderungen, dass sich beide Partner reif für Kinder fühlen müssen und man sich sicher ist, den richtigen Partner fürs Leben gefunden zu haben. Weitere subjektive Voraussetzungen sind, dass ein Einkommen für die Familie ausreicht und dass beide Partner ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben (BMFSFJ 2007). Bei derselben Frage in einer deutschlandweit repräsentativen Untersuchung aus dem Jahr 2010 wurden im Vergleich zur früheren Befragung zwar weniger solcher „Hürden“ benannt, die vor der Geburt von Kindern überwunden sein sollten. Dennoch bleibt das Anforderungsniveau in der deutschen Bevölkerung insgesamt hoch. So muss für die jüngere Bevölkerung unter 45 Jahren neben persönlichen Grundvoraussetzungen für eigene Kinder nach wie vor sichergestellt sein, dass einer der beiden Partner beruflich in einer gesicherten Situation ist, dass die Partner ihre Ausbildung abgeschlossen haben und dass die finanzielle Situation des Paares gut ist (BMFSFJ 2010b).

Hinzu kommt, dass die Phase im Lebenslauf, in der Frauen Kinder bekommen, durch das Aufschieben der Geburten in Deutschland deutlich kürzer geworden ist: Frauen waren 2009 im Durchschnitt bei Geburt ihres ersten Kindes 29 Jahre und bei Geburt eines vierten Kindes 34 Jahre alt. 1970 waren Frauen bei Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 24 Jahre und bei Geburt eines vierten Kindes 35 Jahre alt. Der Reproduktionszyklus hat sich also innerhalb von vierzig Jahren um mehr als fünf Jahre verkürzt. Dies führt vor allem dazu, dass immer weniger Familien drei oder mehr Kinder bekommen (Bertram et al. 2011: 94).

Der deutsch-französische Vergleich zeigt darüber hinaus, dass das subjektive Zeitfenster, in dem Deutsche Kinder planen, kleiner ist als in Frankreich. Französischen Frauen bekommen nicht nur in deutlich höherem Anteil bereits mit Anfang/Mitte zwanzig Kinder, sondern haben auch weniger Probleme mit dem Gedanken an eine späte Mutterschaft. In Deutschland liegt nach Meinung der Bevölkerung das Höchstalter, in dem Frauen idealerweise Kinder bekommen sollten, im Durchschnitt bei knapp 33 Jahren, nach Meinung der französischen Bevölkerung dagegen bei gut 36 Jahren. Auch in Bezug auf die Väter wird in Frankreich ein breiteres Zeitfenster gezogen als in Deutschland (BMFSFJ 2007).

Eine aktuelle Studie hat untersucht, welche subjektiven, also gefühlten, sozialen Altersgrenzen Frauen und Männer haben, bis zu der man ein Kind bekommen sollte (Billari et al. 2010: 618). Demnach glauben 98 Prozent der deutschen Frauen und 93 Prozent der deutschen Männer, dass es eine solche Grenze gibt, und zwar für Frauen im Durchschnitt bei 41,6 Jahren und für Männer bei 45,2 Jahren. Damit liegen deutsche Frauen und Männer im europäischen Durchschnitt. In Österreich (43,8 Jahre), Frankreich (42,1 Jahre) und Schweden (42,6 Jahre) sind die subjektiven Altersgrenzen für eine Mutterschaft höher. Die Akzeptanz von später Elternschaft ist damit tendenziell größer. In Dänemark (40,5 Jahre), den Niederlanden (40,8 Jahre) und Ungarn (39,3 Jahre) sind die subjektiven Altersgrenzen hingegen niedriger als in Deutschland.

Die Vorstellungen der Menschen über das maximal mögliche Alter für Mutterschaft bzw. Vaterschaft liegen damit tendenziell unterhalb der biologischen und medizinischen Altersgrenzen. Einer Schätzung zufolge sind etwa 16,6 Prozent der Frauen im Alter von 40–44 Jahren tatsächlich steril (ebd.: 616). Insgesamt wird deutlich, dass der kulturelle Kontext für die Fertilitätsentscheidung eine Rolle spielt und die subjektiven Altersgrenzen auch bestimmte gesellschaftliche Werte und Vorstellungen widerspiegeln.

Zusammengefasst besitzen für die deutschen Befragten zunächst die Ausbildung, das Schaffen einer materiellen Basis für eine Familiengründung und der Berufseinstieg Priorität. Dadurch fallen Familiengründung und Kindererziehung immer häufiger mit der Lebensphase zusammen, in der Beruf und Karriere beginnen. Kinder kommen auch deshalb immer später auf die Welt, weil viele Paare ein sequenzielles Modell wählen, in der die Familiengründung der beruflichen Etablierung folgt. Mit der finanziellen Unterstützung (z. B. durch das Elterngeld), ausreichenden und qualitativ anspruchsvollen Angeboten der Kinderbetreuung sowie einer Arbeitswelt, die familiäre Verantwortung respektiert, können Hürden abgebaut und die Rahmenbedingungen verbessert werden, die Menschen zögern lassen, die Kinder zu bekommen, die sie sich wünschen.

III.

Familienpolitik und Geburtenrate

Das generative Verhalten, und damit die Entscheidung für oder gegen Kinder, ist Ausdruck des Zusammenspiels von individuellen Dispositionen und gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen: Individuelle Kinderwünsche, Alter, Lebensentwürfe, die Partnerschafts- und berufliche bzw. ökonomische Situation sind ebenso entscheidend wie gesellschaftliche Normen, Betreuungsinfrastruktur, familienrelevante Politiken und medizinisch-technische Möglichkeiten, wie insbesondere die künstliche Befruchtung. Der Realisierung von Kinderwünschen geht darüber hinaus in aller Regel ein paarinterner Aushandlungsprozess voraus, der Familiengründung und -erweiterung biografisch für beide Partner möglich machen muss.

Aktuelle Studien auf der Mikro- und auf der Makroebene zeigen, dass Familienpolitik einen Einfluss auf generatives Verhalten bzw. die Höhe der Geburtenrate hat (Bujard 2011b: 4 ff., 2012: 4 f.), allerdings nicht in dem Sinne, dass sie die Fertilität steuern kann. Der Einfluss von Familienpolitik ist auf diesem Gebiet begrenzt und abhängig von kulturellen und ökonomischen Kontexten, die im Ländervergleich variieren können. Eine aktuelle Untersuchung, die einen länderübergreifenden Vergleich über einen Zeitraum von insgesamt 40 Jahren vorgenommen hat, bestätigt jedoch einen positiven Einfluss der familienpolitischen Trias aus Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik auf die Geburtenrate (vgl.: Bujard 2011b).

Die angeführte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem staatlichen Transferleistungen (Kindergeld und die Höhe der Familienausgaben insgesamt in Relation zu den Rentenausgaben) sowie der Infrastrukturpolitik (staatliche Ausgaben für Kinderbetreuung und die Kinderbetreuungsquote von Kindern im Alter von 0-3 Jahren) eine erhebliche Erklärungskraft für die Höhe der Geburtenrate im internationalen Vergleich zukommt. Daneben haben aber auch gesellschaftliche, ökonomische und institutionelle Kontextbedingungen Auswirkungen auf das Geburtenniveau. Die Übertragbarkeit der Erfahrungen anderer Länder muss länderspezifisch unterschiedliche Normen und institutionelle Rahmenbedingungen in Rechnung stellen. Gleichwohl lässt sich als empirischer Befund festhalten, dass Familienpolitik nachweislich eine Wirkung auf die Geburtenrate entfaltet.

Bei der Interpretation dieses Befunds muss allerdings berücksichtigt werden, dass Familienpolitik mit Zeitverzögerung wirkt und nicht einzelne Instrumente entscheidend für ihre Wirkung sind, sondern das abgestimmte Zusammenspiel politischer Maßnahmen (Bujard 2011: 36 ff., 2012: 4 f.):

Familienpolitische Neuerungen, die Hürden bei der Realisierung von Kinderwünschen abbauen, müssen miteinander verknüpft sein und dann auf individueller Ebene zunächst wahrgenommen werden, um in spätere persönliche Entscheidungen einbezogen werden zu können.

Darüber hinaus müssen sich auch gesellschaftliche Normen auf breiter Ebene wandeln, damit politisches Handeln akzeptiert wird, das Müttern hilft, im gewünschten Umfang erwerbstätig zu sein, und Vätern ermöglicht, sich Zeit für Familie zu nehmen. Auch dieser Wandel braucht nach vielen Jahren mit verfestigten Lebensmodellen Zeit. Insofern ist nicht unmittelbar mit Wirkungen von politischen Maßnahmen auf die Geburtenrate zu rechnen, wie sie in den letzten Jahren in den Bereichen Zeit, Geld und Infrastruktur vorangetrieben wurden. Aus dem internationalen Vergleich lässt sich lernen, dass Familienpolitik auch in anderen Ländern erst mit Zeitverzug Auswirkungen auf das Geburtenniveau hat. Bedingung für eine nachhaltige Wirkung sind schließlich sowohl die Ganzheitlichkeit als auch die Verlässlichkeit der familienpolitischen bzw. demografiepolitischen Strategie. Einmal eingeführte und in ihren Zieldimensionen für sinn- und wirkungsvoll erachtete Maßnahmen sollten daher nicht dem Wechselspiel der Tagespolitik unterworfen werden.

Als Fazit der Studie lässt sich festhalten (Bujard 2011: 37):

- Die Entfaltung einer umfänglichen Wirkung familienpolitischer Maßnahmen auf das Geburtenniveau braucht Zeit und kann durchaus ein bis zwei Jahrzehnte dauern.
- Der konstatierte Wirkungszusammenhang zwischen Familienpolitik und Geburtenrate ist vorhanden, allerdings erst in einer langfristigen, dann aber zugleich nachhaltigen Perspektive.

IV.

Familienpolitik im Kontext von Demografiepolitik

In dem im Herbst 2011 vorgelegten Demografiebericht hat die Bundesregierung die Gestaltungsmöglichkeiten von Familienpolitik hinsichtlich der Geburtenrate hervorgehoben. Auf der Grundlage des Demografieberichts soll bis zum Frühjahr 2012 eine ressortübergreifende Demografiestrategie entwickelt werden (BMI 2011). Für die angestrebte Demografiestrategie macht der Demografiebericht insgesamt zehn Handlungsfelder aus – u. a. familien-, bildungs-, arbeitsmarkt-, sozial-, regional- und finanzpolitischer Art – und formuliert übergreifend folgende vier Ziele (ebd.: 242 ff.):

- Chancen eines längeren Lebens erkennen und nutzen,
- Wachstumsperspektiven stärken und Wohlstand sichern,
- soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten und stärken,
- Handlungsfähigkeit des Staates bewahren.

Zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben sieht die Bundesregierung alle staatlichen und gesellschaftlichen Teilbereiche und Gruppen in der Pflicht (Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Sozialpartner, (zivil-)gesellschaftliche Akteure) bis hin zur individuellen Eigenverantwortung. Explizit versteht die Bundesregierung den Bericht und die darauf aufbauende Demografiestrategie als „Beiträge zur Entwicklung einer ebenenübergreifenden Demografiepolitik“, welche eine „langfristige Gestaltungsaufgabe“ sei (ebd.: 245).

Nach Mayer kann Demografiepolitik verstanden werden als ein Ansatz, der ganzheitlich auf die demografischen Herausforderungen reagiert, die sich letztlich gesamtgesellschaftlich stellen: „Versucht man den neu aufgekommenen Begriff Demografiepolitik zu erklären, kann man sagen, dass mit ihm zum Ausdruck kommt, die ganze Breite des demografischen Wandels politisch, also in Handlungsabsicht, in den Blick nehmen zu wollen, d.h. den Blick einzelner Ressorts zu bündeln und in einer Art Supervision zu versuchen, der Komplexität des Vorgangs gerecht zu werden“ (Mayer 2011b: 3).

Zum einen geht es darum, dass Zusammenhalt, Wohlstand und Wachstum auch im demografischen Wandel gesichert bleiben, zum anderen darum, den Ursachen der Entwicklungen politisch zu begegnen. Entsprechende Maßnahmen sollten im gesellschaftlichen Konsens entwickelt werden und vor allem darauf abzielen, die Wahlfreiheit der Lebensführung sicherzustellen. Dazu müssen vor allem Hürden für die Realisierung der Kinderwünsche abgebaut und Chancen für Mütter und Väter geschaffen werden, sich Zeit für familiäre Verantwortung zu nehmen.

Die seit einigen Jahren konsequent verfolgte Strategie einer nachhaltigen Familienpolitik, die u. a. Rahmenbedingungen für Familien verbessern und die Realisierung von Kinderwünschen ermöglichen will, rückt damit ins Zentrum demografierelevanter Politiken.

Wesentliche Ziele einer demografiefesten Familienpolitik sind die materielle Absicherung von Familien, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Ermöglichung der Realisierung von Kinderwünschen. Umgesetzt werden diese Ziele durch Maßnahmen in den Bereichen Zeit, Geld und Infrastruktur – bspw. durch Elternzeit, Elterngeld, den Ausbau der frühkindlichen Betreuung und auch durch die angestrebte verbesserte Unterstützung von Kinderwunschbehandlungen (BMI 2011: 55 ff.).

Zusammengenommen können dadurch nicht nur die individuellen Lebensbedingungen für Familien verbessert und das kindliche und elterliche Wohlbefinden gesteigert werden, sondern auch Veränderungen des generativen Verhaltens erreicht werden. Der Ausbau der frühkindlichen Betreuung beispielweise kann sich sowohl positiv auf die Bildung der Kinder und auf die Gleichstellung und Arbeitsmarkteteiligung der Eltern auswirken, als auch die Familiengründung und Familienerweiterung erleichtern. In diesem Sinne können insbesondere folgende familienpolitische Maßnahmen und familienbezogene Politiken als demografierelevant gelten: die Ermöglichung von Teilzeitarbeit, vorschulische und schulische Betreuung, Kindergeld und Steuerfreibeträge, Elterngeld, Sondertransfers für Mehrkindfamilien (Bujard 2011b: 38).

Das generative Verhalten früherer Kohorten wirkt in Gegenwart und Zukunft weiter, selbst wenn es bei nachfolgenden Generationen zu Verhaltensänderungen kommen sollte. Bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen, die Menschen bei der Umsetzung ihrer Kinderwünsche unterstützen, sind daher langfristig angelegte und aufeinander abgestimmte politische Strategien notwendig. Die Langfristigkeit demografischer Prozesse und die Komplexität der Wirkungszusammenhänge lassen nicht erwarten, dass einzelne politische Maßnahmen im Sinne eines mechanistischen Verständnisses von Ursache und Wirkung unmittelbar und kurzfristig zu Veränderungen führen.

V.

Literatur

Bertram, Hans/Bujard, Martin/Rösler, Wiebke (2011): Rushhour des Lebens – Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven, in: Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie, 8. Jg., Heft 2, S. 91–99

Billari, Francesco C./Goisis, A./Liefbroer, A. C./Settersten, R. A./Aassve, A./Hagestadt, G./Spéder, Z. (2010): Social age deadlines for the childbearing of women and men. In: Human Reproduction, (2011), 26(3): 616–622

BMFSFJ (Hg.) (2007): Land ohne Kinder? – Ein deutsch-französischer Vergleich. Befragung durch IfD Allensbach, online unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Archiv/16-Legislaturperiode/aktuelles,did=97820.html>

BMFSFJ (Hg.) (2010a): Wohlfahrtsstaatliche Einflussfaktoren auf die Geburtenrate in europäischen Ländern. Evidenzen aus Schweden, Finnland, Norwegen und Frankreich, Berlin

BMFSFJ (Hg.) (2010b): Monitor Familienleben 2010. URL: <http://www.ifd-allensbach.de/main.php?selection=73&rubrik=0>

BMI (Hg.) (2011): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin

Bryant, Thomas (2011): Alterungsangst und Todesgefahr – der deutsche Demografie-Diskurs (1911–2011), in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2011: Demografischer Wandel, März 2011, S. 40–46

Bujard, Martin (2011a): Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970–2006. Nomos

Bujard, Martin (2011b): Familienpolitik und Geburtenrate. Ein internationaler Vergleich, hrsg. durch das BMFSFJ, Berlin

Bujard, Martin (2012): Perspektiven einer familienorientierten Demografiepolitik. Berliner Demografie Forum Working Paper, Berlin, abrufbar unter: <https://www.berlinerdemografieforum.org/de/publikationen/index.html>

Dorbritz, Jürgen (2010a): Fertilitätstrends in Europa – Neue Ausdifferenzierungen?, in: Bevölkerungsforschung Aktuell. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 31. Jg., Ausgabe 1/2010, S. 2–10

Dorbritz, Jürgen (2010b): Kinderzahlen und Lebensformen im West-Ost-Vergleich – Ergebnisse des Mikrozensus 2008, in: Bevölkerungsforschung Aktuell. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 31. Jg., Ausgabe 1/2010, S. 11–15

European Commission (Hg.) (2011): Demography Report 2010, Luxembourg

Goldstein, Joshua R./Kreyenfeld, Michaela/Rößger, Felix (2012): Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland? Berliner Demografie Forum Working Paper, Berlin, URL: <https://www.berlinerdemografieforum.org/de/publikationen/index.html>

Goldstein, Joshua R./Kreyenfeld, Michaela (2011): Der Osten liegt vorn: 20 Jahre nach der Wende liegt die ostdeutsche über der westdeutschen Geburtenrate, in: ifo Dresden berichtet 18: 5, 6–10

Goldstein, Joshua R./Sobotka, Tomáš/Jasilioniene, Aiva (2010): Geburtenraten in vielen Industriestaaten steigen wieder, in: Demografische Forschung aus erster Hand, Jg. 7, 2010/01, S. 1–2

Kreyenfeld, Michaela/Scholz, Rembrandt/Peters, Frederik/Wlosnewski, Ines (2010): Ordnungsspezifische Geburtenraten für Deutschland. Schätzungen auf Basis der Perinatalstatistik für die Jahre 2001–2008, in: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 35, 2, S. 225–244

Mayer, Tilman (2011a): Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2011: Demografischer Wandel, März 2011, S. 11–18

Mayer, Tilman (2011b): Demografiepolitik. Kurzexpose für das BMFSFJ, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin

Mayer, Tilman (2012): Demografiepolitik. Berliner Demografie Forum Working Paper, Berlin, abrufbar unter: <https://www.berlinerdemografieforum.org/de/publikationen/index.html>

Schneider, Norbert F. (2012): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungspolitik. Berliner Demografie Forum Working Paper, Berlin, abrufbar unter: <https://www.berlinerdemografieforum.org/de/publikationen/index.html>

Schneider, Norbert F./Dorbritz, Jürgen (2011): Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2011: Demografischer Wandel, März 2011, S. 26–33

Schwentker, Björn/Vaupel, James W. (2011): Eine neue Kultur des Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10–11/2011: Demografischer Wandel, März 2011, S. 3–10

Sobotka, Tomáš/Skirbekk, Vegard/Philipov, Dimiter (2011): Wirtschaftskrise stoppt Anstieg der Geburtenziffern, in: Demografische Forschung aus erster Hand, Jg. 8, 2011/02, S. 1–2

Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Natürliche Bevölkerungsbewegung 2009, Wiesbaden

VI.

Linkliste

Links

Arbeitsgruppe Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung

<http://www.leopoldina.org/de/politik/arbeitsgruppen-der-akademie/zukunft-mit-kindern.html>

Berliner Demografie Forum

<https://www.berlinerdemografieforum.org/de>

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

<http://www.berlin-institut.org>

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

<http://www.bib-demografie.de>

Das Demographie Netzwerk

<http://demographie-netzwerk.de/>

Demographie konkret online

<http://www.demographiekonkret.de/>

Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V.

<http://www.demographie-online.de>

Institut für Angewandte Demographie GmbH Berlin-Brandenburg

<http://www.b.shuttle.de/ifad/>

Max-Planck-Institut für demografische Forschung

<http://www.demogr.mpg.de>

Online-Handbuch Demografie

<http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie.html>

BMFSFJ-Forschungsticker

I. Familienreport 2011

Der Familienreport 2011 informiert umfassend über die Lebenssituation der Familien in Deutschland. Neben den aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung, zu Familienformen und Familienleistungen stehen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für Verantwortung in der Familie und das Wohlergehen von Kindern im Zentrum des Familienreports.

Inhalte im Einzelnen sind:

- | Lebensqualität für Familien
- | Familienleben in Deutschland (u. a. Geburten, Familienformen, Eheschließungen)
- | Das Tableau der staatlichen Leistungen
- | Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (u. a. Arbeitszeitwünsche, Engagement von Unternehmen, Arbeitszeitpolitik, Kinderbetreuung)
- | Zeit für Verantwortung in der Familie (u. a. Zeitverwendung, Familienzeitpolitik)
- | Elterngeld und Elternzeit mit Fokus Väter
- | Gute Entwicklung von Kindern (u. a. wirtschaftliche Situation, Leistungen für Bildung und Teilhabe, Wohlbefinden für Eltern)

Den Familienreport 2011 erhalten Sie unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=176198.html>

II. Monitor Familienleben 2011

Wie Familien in Deutschland ihren Alltag leben, welche Bedürfnisse für Mütter und Väter an erster Stelle stehen und welche Aufgaben die Familienpolitik zu bewältigen hat, stellt jedes Jahr der „Monitor Familienleben“ dar. Durchgeführt wird die Befragung vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Die Veröffentlichung gibt Auskunft über den hohen Stellenwert familienpolitischer Anliegen, die positive Bewertung des Elterngeldes, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigste Priorität von Müttern und Vätern und Möglichkeiten einer guten Förderung von Kindern. Der „Monitor Familienleben“ ist 2011 zum vierten Mal erschienen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Familienmonitors 2011:

- | Trotz aktueller politischer Fragen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Entwicklung des Wirtschaftswachstums bleibt Familienpolitik für die Mehrheit der Menschen wichtig.
- | Das Elterngeld ist im Leben junger Familien etabliert und unumstritten.
- | Geld, Zeit und Infrastruktur gelten als zentrale Bedingungen für ein gutes Aufwachsen von Kindern.
- | Väter möchten sich stärker in der Familie engagieren, können es aus Zeitmangel jedoch nicht.
- | Für 81 Prozent der Väter ist daher eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtigste Aufgabe von Familienpolitik.
- | Die Kinderwünsche sind erneut gestiegen: 53 Prozent der Kinderlosen wünschen sich Kinder.

Der Berichtsband ist abrufbar unter:

http://www.ifd-allensbach.de/pdf/Familienleben_2011.pdf?archivArticleID=1084076

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Wissenschaftliche Beratung:

Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin)

Redaktion:

Dipl.-Soz. Karsten Kassner (Humboldt-Universität zu Berlin)

Iris Quander (Humboldt-Universität zu Berlin)

Unter Mitarbeit von:

Tobias Wandrei

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0180 1 907050*

Fax: 030 18555-4400

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115**

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: März 2012

Gestaltung : www.avitamin.de

Bildnachweis Fr. Dr. Schröder: BMFSFJ/L. Chaperon

* 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u.a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de; 7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.